

Sitzung des Stadtrates am 13. Mai 2013

Zur 31. Ratssitzung dieser Legislaturperiode wurden die Ratsmitglieder zwar nur von sehr wenigen Demonstranten empfangen aber von einer größeren Schar Medienvertreter und Kamerateams. Deren Interesse richtete sich auf den ersten von 42 Tagesordnungspunkten, nämlich die **Vereidigung der in der letzten Sitzung gewählten neuen Dezernenten** Dr. Ralf Krumpholz (Grüne), Beigeordneter für Umwelt, Klimaschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz, sowie Thomas Krützberg (SPD), Beigeordneter für Familie, Bildung und Kultur. Beide nutzten die Gelegenheit für Danksagungen und kurze Statements. Während Th. Krützberg sich eine gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik wünschte, sparte Dr. R. Krumpholz nicht mit Lob an seinem Vorgänger (Dr. Greulich) und erklärte dem Rat in ungewöhnlich politischer Wortwahl die besondere Wichtigkeit der Themen Feinstaub und Klimaschutz, denen er sich verstärkt widmen möchte.

Kritische Punkte standen eigentlich nur wenige auf der Tagesordnung, dennoch wurde zu einzelnen Themen unerwartet lange debattiert, selbst bei Angelegenheiten, die letztendlich einstimmig abgestimmt wurden. So z.B. die **Einstellung von städtischen Auszubildenden** und Praktikanten/Praktikantinnen im Jahr 2014. Es wurde kritisiert, dass von über 300 Bewerbern mit Migrations-Hintergrund lediglich 6 den städtischen Einstellungstest bestanden haben. Der zuständige Dezernent erläuterte, dass der Test keine besondere Herausforderung darstelle, keine besonderen Deutschkenntnisse erfordere und sich im Laufe der Jahre bewährt habe. Der Zusatzantrag der CDU, anstatt 21 Azubis zum Verwaltungsfachmann/frau 26 einzustellen, wurde von der Rot-Rot-Grünen Ratsmehrheit abgelehnt. Der gesamte Einstellungsplan aber letztendlich einstimmig so beschlossen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Ein weiterer Punkt, der längere Diskussionen hervorrief, war die geplante **Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums“**. Hierbei sollen das städtische „RAA“ (Referat zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) und das „Referat für Integration“ zusammen gelegt werden. In der neuen Zusammenstellung dieses Amtes erhöhen sich deutlich die NRW-Fördergelder. Allerdings gibt es hinter den Kulissen heftigen Streit darüber, ob die bisherige Leiterin des RAA, Elisabeth Pater (von der SPD favorisiert) oder die bisherige Integrationsbeauftragte Leyla Özmal (Grüne) die Leitung des neuen Amtes bekommt. Diese Entscheidung obliegt jedoch allein dem Oberbürgermeister. Somit wurde auch der Antrag der CDU, wonach die neue Leiterin einen Migrations-Hintergrund aufweisen solle, mehrheitlich abgelehnt. Weiterhin kritisierte die CDU scharf, dass Duisburg nach Plänen des Landes nur unwesentlich mehr Fördergelder bekommen wird, als Hagen oder Schwerte obwohl diese z.B. keine oder nur wenige Probleme mit Zuwanderern aus Süd-Ost-Europa haben. Folgerichtig stellte die CDU den Antrag, dass der OB in dieser Angelegenheit nochmals mit der Landesregierung verhandeln solle. Dieser Antrag wurde aber von SPD, Linken, OB und 2 Grünen abgelehnt – überraschenderweise stimmten 4 der 6 Grünen dem Antrag zu. Die eigentliche Beschlussvorlage zur Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums“ wurde einstimmig beschlossen.

Die nächste ausführliche Debatte erfolgte zur **Bürgerbeteiligung zum Haushaltssanierungsplan 2012**. Die Bürger wurden aufgefordert, (online) Einspar- und/oder Veränderungsvorschläge einzureichen, die beim Sanierungsplan berücksichtigt werden könnten. Die Verwaltung hatte alle 566 eingereichten Bürgervorschläge geprüft und teilte nun mit, dass lediglich 2 Vorschläge realisierbar wären (wobei auch Vorschläge die den FDP-Forderungen entsprechen, wie z.B. der Verkauf städtischer Gesellschaften, unter Anführung verschiedenster Gründe, als nicht realisierbar abgetan wurden). Die verbliebenen 2 Vorschläge zur Reduzierung von Bürger-Öffnungszeiten in der Stadtverwaltung wurden nun aber vom gesamten Rat abgelehnt, so dass letztendlich kein einziger der 566 Bürgervorschläge berücksichtigt wurde/wird. Dennoch erklärte der OB fortwährend, wie wichtig und bedeutend diese Bürgerbeteiligung ist.... Die FDP-Fraktion stimmte gegen die Feststellung der Verwaltung, wonach kein Bürger-Vorschlag umsetzbar wäre.

Im nächsten Tagesordnungspunkt wurde erneut die **Satzung zur Erhebung von kommunalen Steuern** geändert. Die Rot-Rot-Grüne Ratsmehrheit hatte bereits in der letzten Sitzung die stufenweise Anhebung der Gewerbesteuer beschlossen. Um Beginn und Ende der einzelnen Erhöhungsstufen zu konkretisieren, musste die Satzung nochmals angepasst werden. FDP, CDU und DWG hatten schon der Erhöhung nicht zugestimmt und konsequenterweise nun auch nicht dieser Satzungsänderung.

Auch der **Jahresabschluss 2012 der „Klinikum Duisburg GmbH“** (Wedau-Kliniken), an der die Stadt nach wie vor mit 51% beteiligt ist, führte zu längeren Diskussionen. SPD, Linke und Grüne hatten eine jährliche Dividende in Höhe von mindestens 1 Mio. Euro erwartet. Aus verschiedenen Gründen, vor allem aber weil seit Jahren die erforderlichen Erneuerungen, Renovierungen und Sanierungen des Krankenhauses nicht durchgeführt werden können (weil der Mehrheits-Gesellschafter „Stadt“ dazu nicht in der Lage ist), wies der Jahresabschluss für das Jahr 2012 erstmals einen Fehlbetrag aus, was auch bedeutete, dass die Stadt in diesem Jahr auf die geplante Dividende verzichten muss. Dies wollten SPD, Grüne und Linke so nicht akzeptieren und erhoben schwere Vorwürfe gegen die Geschäftsführung des Hauses, die vom privaten Anteilseigner Sana-Kliniken gestellt wird. Dementsprechend wurden viele Fragen aufgeworfen (vor allem von der Fraktion der Linken). Rot-Rot-Grün wollte zwar den Aufsichtsrat entlasten, war aber nicht bereit, dem Geschäftsführer für das abgelaufene Jahr eine Entlastung zu erteilen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Vorlage in 1. Lesung zu behandeln.

Die nächste Beschlussvorlage beschäftigte sich mit der **Duisburger Hafen AG (Logport)**. Bekannterweise sind die Stadt Duisburg, das Land NRW und der Bund zu je einem Drittel daran beteiligt. Nun stand der Verkauf des 1/3-Anteils der Bundesrepublik an das Land NRW an. Die Stadt bzw. der Stadtrat als 1/3-Gesellschafter muss diesem Verkauf zustimmen. Die FDP hatte schon vor Jahren gefordert, den Hafen komplett in private Hände zu verkaufen, weil kein logischer Grund erkennbar ist, warum eine Stadt (oder Land oder Bund) einen Hafen betreiben sollte – bisher erfolgte auch nie eine Dividendenausschüttung an die Stadt, Land oder Bund. Dementsprechend begrüßte die FDP-Fraktion es auch, dass der Bund endlich seinen Anteil veräußern wollte, lehnte es aber als einzige Ratsfraktion ab, dass dieser Anteil nun wieder in die öffentlichen Hände des Landes NRW gelangen sollte. Im Gegensatz dazu begrüßte die CDU-Fraktion es ausdrücklich, dass der Hafen in öffentlicher Hand verbleibe und lobte das Engagement des Landes.

Die FDP-Ratsfraktion stimmte auch gegen die **Einsparung zweier Schulbusse in Rheinhausen und in Baerl**, zumal es in der Beschlussvorlage hieß, dass die Busse zwar noch 2- 3 Jahre fahren sollen, aber zukünftig nur noch sehr wenige Kinder, je nach Einkommen der Eltern, berechtigt sein werden, mit diesen Bussen zu fahren. In beiden Fällen handelt es sich aber um verhältnismäßig abgelegene Gebiete, in denen es seit Jahrzehnten üblich und notwendig ist, dass Kinder mit dem Schulbus pendeln, weil der ÖPNV dort nur unzureichend vorhanden ist und/oder der Schulweg zu Fuß deutlich zu lang oder sehr gefährlich ist. Wenn die Busse (inkl. Fahrer) weiterhin fahren, erschloss sich der FDP nicht das von der Verwaltung errechnete Einsparpotential. Zumal die Kinder Ersatzweise „Schokotickets“ von der Stadt bekommen sollen. Die CDU sah das auch so, SPD, Grüne und Linke hatten diese (angebliche) Einsparung aber im Rahmen ihres Haushaltssanierungsprogramms errechnet und der Finanzaufsicht vorgelegt und waren nun nach Aussage des OB nicht mehr bereit, davon abzuweichen bzw. diesen Plan nochmals zu ändern.

Zu ungewöhnlich langen Diskussionen kam es bei einer Beschlussvorlage, in der die Verwaltung dem Rat die Notwendigkeit erläuterte, **Orte bzw. Häuser in Duisburg zur Aufnahme von demnächst zu erwartenden Asylbewerbern** herzurichten. Da verschiedene Stadtbezirke davon betroffen sind, beantragte die CDU, die Bezirksvertretungen zu beteiligen. Dies interpretierten die Vertreter von SPD, Grünen und Linken jedoch so, dass die CDU gegen die Aufnahme von Asylbewerber sei (was rechtlich kaum möglich ist, da eine Zuweisung durch das Land erfolgt - die Stadt muss nur planen, an welchen Orten sie die Zugewiesenen unterbringt). Diese Fehlinterpretation erzeugte einen langatmigen Sturm der Entrüstung bei vielen Rot-Rot-Grünen Ratsleuten, bis der CDU-Fraktionsvorsitzende endlich erklärte, dass natürlich auch die CDU zustimmen werde, er lediglich dazu auffordern wollte, auch die jeweiligen Bezirksvertretungen in diese Planungen einzubeziehen. Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Gegen Ende der Sitzung stand noch ein gemeinsamer Antrag von FDP und CDU zum **Erhalt des Kombibades in Homberg** auf der Tagesordnung. Auch diese Einsparung (Schließung des Freibades und des Saunabereichs) war 2012 von Rot-Rot-Grün in den Haushaltssanierungsplan eingearbeitet worden, obwohl sich in den letzten Monaten herausgestellt hatte, dass die Einsparsumme nachweislich so nicht möglich ist, weil auch nach einer teilweisen Schließung des Bades kein Personal eingespart werden kann. Deshalb hatte die Bezirksvertretung Homberg/Ruhrort/Baerl vor einigen Wochen einstimmig (also inkl. der Stimmen von SPD, Grünen und Linken) beschlossen, das Kombibad in Homberg zu erhalten. Und dennoch, auch in diesem Fall entschieden SPD, Grüne und Linke im Rat, dass am Einsparplan nicht mehr gerüttelt wird und auch dieser Beschluss so bleibt wie er ist.

Trotz der teilweise sehr langen Debatten endete die Ratssitzung bereits um 18:35 Uhr.

Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2013

Zur 32. Ratssitzung dieser Legislaturperiode wurden die Ratsmitglieder schon vor dem Rathaus wieder lautstark von Demonstranten begrüßt. Die Gegner des geplanten Factory-Outlet-Centers in Hamborn empfangen alle Mandatsträger schon seit mindestens einem Jahr zur jeden Sitzung, die Kinder der Sonnenblumenschule in Walsum demonstrierten lautstark gegen die geplante Schließung ihrer Schule, der BUND hatte zur Demo gegen die Baumfällungen vor dem Hauptbahnhof aufgerufen und eine Bürgerinitiative demonstrierte gegen die Schließung des Friedhofs in Essenberg (Homberg). Vor allem die zahlreichen Kinder aus Walsum, die zusätzlich auf den Besuchertribünen im Ratssaal Platz nahmen, schrien den Ratsmitgliedern ihre Parolen entgegen. Der Sitzungsbeginn war entsprechend unruhig und Oberbürgermeister Sören Link sprach mehrmals Ermahnungen aus, aber die störenden, aggressiven Zwischenrufe gingen nicht von den Kindern, sondern von einigen Erwachsenen der Bürgerinitiativen aus.

Direkt zu Beginn der Sitzung kam es zu heftigen Wortwechseln. SPD, Grüne und Linke hatten eine **Resolution „für eine demokratische und freiheitliche Entwicklung der Türkei“** gestellt, die sie wortreich begründeten. Viele andere Ratsmitglieder stellten die Frage, warum Ereignisse der Türkei im Duisburger Stadtrat thematisiert werden sollten. Beide Seiten warfen sich undemokratisches Verhalten vor, so dass OB Link einschreiten musste und Respekt und Disziplin anmahnte. Der gestellte Antrag erschien im ersten Moment tatsächlich suspekt, war aber geschickt formuliert (*Presse- und Meinungsfreiheit, Recht auf friedliche Demonstrationen...*). Es fand sich kein Satz darin, dem nicht jeder zustimmen könnte. Andererseits kann, darf und sollte nicht jedes internationale Thema in einem Stadtrat behandelt werden. CDU, DWG und FDP-Ratsfrau Betül Cerrah gaben bekannt, sich an dieser Abstimmung nicht zu beteiligen. Alle anderen stimmten zu, so dass OB Link nun beauftragt ist, diese Resolution dem türkischen Generalkonsul sowie den Duisburger Bundestagsabgeordneten zu übermitteln.

Es folgte eine Beschlussvorlage, in der die Verwaltung vorschlug, den seit Jahren schwelenden Streit über **unbezahlte Überstunden bei den Feuerwehrleuten** mit einem Vergleich zu beenden. Ein europäisches Gericht hatte vor Jahren entschieden, dass auch Ruhe- und Bereitschaftszeiten der Feuerwehrleute (auch rückwirkend) als Arbeitszeit zu bewerten und zu bezahlen sind. Inzwischen gibt es hunderte Klagen von Feuerwehrmännern gegen die Stadt und eine ziemlich eindeutige Prognose, wonach die Stadt diese Verfahren verlieren wird. Um wenigstens die Gerichtskosten zu sparen, soll den Feuerwehrleuten nun ein Vergleich angeboten werden, der in der Summe ca. 80% der geforderten Überstundenentschädigung entspricht. Wenn 95% der Feuerwehrleute diesem Vergleich zustimmen und ihre Klagen zurück ziehen, kommt das Angebot zustande - und die Stadt mit Zahlungen in Höhe von ca. 5 Mio. Euro relativ glimpflich davon. Andernfalls könnten sich die Kosten für die Stadt sogar verdoppeln. Die Argumente waren so überzeugend, dass der Rat dem Vergleichsangebot einstimmig zustimmte.

Die CDU-Fraktion verquickte das Thema „Überstunden der Feuerwehrleute“ mit einer von ihr gestellten **Resolution zum Thema „Beamtenbesoldung“**. Demnach sollte sich Oberbürgermeister Link „*bei der Landesregierung für eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder im öffentlichen Dienst für alle Beamtinnen und Beamten einsetzen*“. Auch der städtische Personalrat hatte in den vergangenen Wochen ein ähnlich lautendes Schreiben an alle Parteien formuliert. FDP-Ratsherr Frank Albrecht wies darauf hin, dass sich die SPD in anderen Ruhrgebietsstädten anders positioniert und artikuliert habe und sich andere SPD-Oberbürgermeister sogar den Demonstrationen vor dem NRW-Landtag angeschlossen haben. Er forderte die SPD „als traditionelle Arbeitnehmerpartei“ auf, der Resolution zuzustimmen. SPD, Grüne und Linke sprachen sich dennoch dagegen aus.

Beim anschließenden Tagesordnungspunkt lag dem Rat eine Resolution der Fraktion der Linken vor, in der sich der Rat für „**eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses auf Länderebene für die Beamtinnen und Beamten der Stadt Duisburg**“ aussprechen sollte. Inhaltlich deckte sich diese Resolution mit der vorhergehenden der CDU, nur war diese deutlich weniger als Angriff auf die NRW-Landesregierung formuliert. Linken-Ratsherr Thomas Keuer warf der Duisburger SPD-Fraktion in seinem Wortbeitrag sogar „*Vasallentreue*“ zur NRW-Landesregierung vor. Da die Forderung in dieser Resolution ebenso richtig war, wie schon in der CDU-Resolution, kam es zu einer einmaligen Abstimmungskonstellation. So stimmte eine Mehrheit, bestehend aus Linken, CDU, FDP, DWG und SPD-Ratsfrau (und DGB-Vorsitzende) Angelika Wagner der Resolution zu, SPD und Grüne unterlagen mit ihrer Ablehnung. Überraschenderweise berichteten die Duisburger Medien über diesen Vorgang nicht.

Wie in jeder Ratssitzung folgten zahlreiche **Beschlüsse zu Jahres- und Wirtschaftsplänen** von städtischen Gesellschaften, bei denen auch Vorstände, Geschäftsführer und Aufsichträte entlastet werden. Obwohl die Geschäftsführung der „**Klinikum Duisburg GmbH**“ (Wedau-Kliniken), inzwischen Pläne zur finanziellen Sanierung des Hauses vorgelegt hat und auch die zahlreichen Fragen der Fraktion der Linken beantwortet hat, waren SPD, Grüne und Linke immer noch nicht bereit, dem Geschäftsführer für das Jahr 2012 die nötige Entlastung zu erteilen. Wie schon in der letzten Ratssitzung beantragten sie erneut das Thema auf die nächste Sitzung zu verschieben. Wie üblich, enthält sich die FDP-Ratsfraktion bei allen Abstimmungen zu Gesellschaften, bei denen sie nicht in den Aufsichtsratsgremien vertreten ist, so auch im Falle des Klinikums.

Die Rot-Rot-Grüne Ratsmehrheit hatte schon im Kulturausschuss einen Vorschlag der Verwaltung zur **Zukunft der städtischen Festivals „Traumzeit“ und „Akzente“** abgelehnt und nach ihren Wünschen verändert. Die Fachverwaltung hatte mangels Sponsorengelder vorgeschlagen, beide Festivals zukünftig nur noch im jährlichen Wechsel stattfinden zu lassen und somit das Budget für das einzelne Festival zwar leicht zu erhöhen, gleichzeitig aber in der jährlichen Gesamtsumme zu sparen. Die Verwaltung folgte damit einer FDP-Forderung, die wir bereits 2009 erhoben und ins Wahlprogramm geschrieben hatten. SPD, Grüne und Linke können oder wollen nicht akzeptieren, dass über 200.000,- Euro Sponsorengelder fehlen und beschlossen schon im Kulturausschuss, dass die Verwaltung (irgendwie) Mittel und Wege finden solle, die es (irgendwie) ermöglichen, beide Festivals in jedem Jahr stattfinden zu lassen. Natürlich schmälert dieser Beschluss das Budget des einzelnen Festivals, so das zu befürchten ist, das eines der beiden Festivals dabei unter- oder verloren geht. Auch der Hinweis von FDP-Ratsherr Frank Albrecht, dass der Verwaltungsvorschlag auch der Vorschlag des SPD-Oberbürgermeisters sei, änderte die Position von Rot-Rot-Grün nicht. Bei Enthaltung des OBs und gegen die Stimmen von FDP, CDU und DWG setzte die Ratsmehrheit ihren eigensinnigen Wunsch durch.

Erst jetzt stand die **Schließung der Sonnenblumenschule in Walsum** auf der Tagesordnung (sehr viele Kinder waren inzwischen nicht mehr auf den Zuschauerrängen). Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies erklärte ebenso wie die Grünen, gegen die Schließung zu stimmen. Die Grünen hatten noch einen Zusatzantrag gestellt, wonach die Schule in einem Verbund mit einer anderen Schule weiterbestehen sollte. Zu diesem Zusatzbeschluss kam es aber nicht mehr, weil SPD und Linke vorher bereits die Auflösung der Schule beschlossen. SPD und Linke hatten (gegen FDP und Grüne) in diesem Fall eine knappe Mehrheit im Rat, weil sich CDU und DWG der Stimme enthielten. Alle anderen zum Beschluss anstehenden Schulschließungen (KGS Eschenstraße, August-Thyssen-Realschule, Comenius-Schule) erfolgten einstimmig.

Einstimmig wurde auch beschlossen, dass jedes Kind bis zum 6. Schuljahr einen **kostenlosen Ausweis zur Stadtbibliothek** bekommen soll. Bis zur 4. Klasse ist dies bereits so und in der nun zusätzlich angesprochenen Gruppe gibt es bisher kaum Bibliotheksnutzer, so dass durch die Maßnahme keine Einnahmeverluste entstehen aber die große Chance besteht, Kinder zum Besuch einer Bibliothek zu bewegen. Der Ausweis ist personenabhängig, damit er nicht unberechtigterweise von Eltern genutzt wird.

Die nächste hitzige Diskussion entbrannte unter den Ratsmitgliedern zur Beschlussvorlage zum **Umbau der Mercatorstraße vor dem Hauptbahnhof**. Die Straße soll von 4 auf 2 Fahrspuren reduziert werden. Nach Meinung der Verwaltung und der meisten Politiker wird der Verkehr dadurch abnehmen(!), obwohl an dieser Stelle täglich allein 900 Busse der DVG entlang fahren.... Wie die Fachverwaltung und die anderen Parteien zu diesem Schluss kommen ist für die FDP-Ratsfraktion nicht nachvollziehbar, sie spricht sich entschieden gegen diese Maßnahme aus und warnt deutlich vor den Folgen – ebenso wie DVG und Feuerwehr.

Zum Zweiten ist mit dem **Umbau der Mercatorstraße die Fällung von 32 großen Platanen** verbunden, was ebenfalls von der FDP-Fraktion abgelehnt wird (wenn die Fahrspuren nicht reduziert würden, wäre dies auch gar nicht nötig...). Während sich der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies deutlich für den Erhalt der Bäume aussprach (was mit Applaus von der Zuschauertribüne bedacht wurde), erklärten die Grünen, dass sie nur „so viele Bäume wie möglich erhalten“ wollten und der Fraktionsvorsitzende der Linken, Hermann Dierkes erklärte fast 10 Minuten lang, warum diese Bäume nicht so wichtig seien, wie einige Bürger meinten, dass man Investoren nicht verschrecken dürfe, das die Verantwortung für die Stadt zu groß wäre, wenn so ein Baum mal umfallen würde und dass man nicht um jeden zu fällenden Baum so ein Theater in der Bürgerschaft und beim BUND machen solle (der BUND hatte in wenigen Tagen 3.000 Unterschriften gegen das Fällen der Bäume gesammelt).

Das waren überraschende Worte, weil die Partei der Linken sich bisher klar und öffentlich für den Erhalt der Bäume ausgesprochen hatte. Diese Situation zeigte deutlich den Zwiespalt, in dem sich die Partei der Linken und ihre Ratsfraktion in „Regierungskooperation“ mit SPD und Grünen befinden. Nur FDP und Grüne stimmten letztendlich gegen den Umbau der Mercatorstraße, alle anderen ließen sich von den beruhigenden Worten des Oberbürgermeisters blenden, „*er werde die Bäume erstmal nicht fällen lassen und das nochmals prüfen und besprechen...*“. Diese Worte könnte man auch übersetzen mit: „bis zum Kommunalwahltermin am 25. Mai nächsten Jahres wird natürlich kein Baum gefällt....“

Die von der Verwaltung vorgeschlagene **Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes** sieht in den Plänen sehr interessant aus und wurde in einem öffentlichen Charette-Verfahren mit interessierten Bürgern erstellt, so dass es im Rat dazu keine Diskussionen mehr gab und nur die DWG-Fraktion dagegen stimmte.

Ebenso einstimmig und kommentarlos – weil bereits ausgiebig in den entsprechenden Fachausschüssen thematisiert – wurde das neue „**Integrierte Handlungskonzept für die Innenstadt**“ beschlossen. Die Bezirksregierung hatte gefordert, das bisherige Konzept zu überarbeiten, weil hierin mit über 80 Mio. fast die Hälfte der gesamten städtebaulichen Fördersumme des ganzen Landes NRW eingeplant und gefordert wurde. Das neue Konzept ist überschaubarer, nachvollziehbarer, günstiger (ca. 30 Mio.) und kommt ohne (ca. 20 Mio.) Planungskosten aus, weil die Planungen nun wieder im zuständigen Amt erfolgen, während der alte Plan in der „Innenstadtentwicklungsgesellschaft“ erfolgte, die inzwischen aufgelöst wurde.

Außerdem beschloss der Rat einstimmig ein „**Integriertes Handlungskonzept für das Hochhausquartier in Homberg-Hochheide**“. Das Gebiet soll als Sanierungsgebiet ausgewiesen werden, was Förderungen zum Abriss der Hochhäuser ermöglichen soll und die Stadt sicherte sich hier ein Vorkaufsrecht an Grundstücken und Häusern, die zum Verkauf stehen, um unerwünschten Entwicklungen vorzubeugen.

Zu einer seltenen Abstimmungskonstellation kam es wieder bei der Beschlussvorlage, den **Friedhof in (Homberg-)Essenberg** zu schließen. Nur FDP und Linke sprachen sich dagegen aus, alle anderen stimmten zu, dass ab August 2013 dort kein Grab mehr gekauft werden kann, die bisherigen Gräber aber in der vollen Laufzeit gehalten werden dürfen. Die Verwaltung verwies hier auf Einsparungen, die in ca. 30 – 40 Jahren zu erwarten sind. Auch in diesem Fall hatte sich eine Bürgerinitiative gegen die Schließung ausgesprochen und angeboten, die Pflege des Friedhofs und die Renovierung der Kapelle selbst zu übernehmen. Stadt und Bürger konnten aber zu keiner Einigung kommen.

Zahlreiche andere Tagesordnungspunkte folgten, führten aber nicht mehr zu Streitigkeiten oder langen Diskussionen. Z.B. die **Fortführung des Landschaftsparks Duisburg-Nord** durch die Duisburger Marketinggesellschaft (DMG) bis zum 31.12.2013, die Beschlüsse zum Zeus-Gelände/Bebauungsplan zum **Möbelhaus Ostermann** in Hamborn, zum neuen **Lebensmittelmarkt in Baerl** oder zur Aufstellung eines neuen B-Planes hinter der Rheinbrücke in Rheinhausen (der Fußballverein fusioniert mit einem anderen Verein und gibt den Platz auf – eine Firma will sich dort ansiedeln). Und weitere Beschlussvorlagen, die sich mit **Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen** im gesamten Duisburger Stadtgebiet beschäftigten.

Ein Antrag der FDP zur „**Abschaffung des §6a der Abwasserbeseitigungssatzung**“, der das Ziel hatte, die umstrittenen Dichtheitsprüfungen bei Abwasserkanälen privater Hausbesitzer in Duisburg zu verhindern, wurde auf Antrag der SPD nicht im Rat beraten sondern zunächst in das zuständige Gremium, dem Verwaltungsrat der Wirtschaftsbetriebe, verwiesen.

Auf die öffentliche Sitzung folgte noch eine **diskussionsreiche nicht-öffentliche Sitzung**, über die an dieser Stelle nicht berichtet werden darf, über die aber bereits detailliert in den örtlichen Medien berichtet wurde.

Um 19:40 Uhr beendete Oberbürgermeister Sören Link die letzte Sitzung des Duisburger Stadtrates vor der Sommerpause.

Die nächste Ratssitzung, die sich ausschließlich der Haushaltseinbringung für 2014 widmen wird, ist für den 9. September 2013 geplant. Die nächste reguläre Sitzung des Duisburger Stadtrates findet dann erst wieder am 11. November 2013 statt. Bis dahin wünscht Ihnen die FDP-Ratsfraktion einen interessanten Bundestagswahlkampf und erholsame Sommer- und Herbstferien.